

Nächste Station: STREIK!

Der kurzfristige Warnstreik war ein voller Erfolg. Die KollegInnen sind im hohem Maß entschlossen und kämpferisch. Sie haben gezeigt, dass sie aktions- und streikfähig sind!

Doch wie reagierte der Arbeitgeber? Der SPD-/DIE-LINKE-Senat ließ die Verhandlungsführer eine erneute Provokation vorlegen:

- Das völlig unzureichende Angebot vom 31. Januar wurde wiederholt (6 Prozent für die nach 2005 neu eingestellten, das heißt für jeden zwanzigsten BVG-Beschäftigten. 19 von 20 sollen erneut leer ausgehen.
- Der Arbeitgeber zeigte sich verbal, ohne jede nähere Angabe (!) bereit „auch den Alt-Beschäftigten entgegenzukommen“ bei gleichzeitigem Verweis darauf, dass die „Sicherungsbeiträge“ der Alt-Beschäftigten verringert werden sollen. Das sei „vorrangiges Verhandlungsziel“ für sie.

Darauf kann es nur eine Antwort geben: Die Verhandlungen sind gescheitert, die Urabstimmung und ein Erzwingungsstreik müssen folgen.

Dass der Warnstreik am Freitag begann und nicht erst wie von verdi geplant am Sonnabend zeigte die Entschlossenheit der KollegInnen. Es hätte ansonsten ab Freitag wilde Streiks gegeben, sagte Frank Bäsler auf der



Pressekonferenz am Streikvortag. Der Arbeitgeber wurde getroffen. Aber anscheinend noch nicht genug. In verantwortungsloser Weise haben sie trotz langer Bedenkzeit kein akzeptables Angebot unterbreitet. **Wir fordern ein Angebot, das den sehr hohen Arbeitsleistungen und der Mehrarbeit der KollegInnen seit 2005 sowie den gestiegenen und weiter wachsenden Lebenshaltungskosten entspricht.** Letztendlich wird mit der Lohnforderung von 8 bis 12 Prozent nur die jahrelang vom SPD/DIE-LINKE-Senat betriebenen Kürzung der Einkommen um rund zehn Prozent kompensiert. Aber die gestiegene Belastung, Inflation und Preissteigerungen nicht.

Die Erwartungshaltung sehr vieler KollegInnen ist hoch. Ent-

scheidend ist, was letzten Endes unterm Strich übrig bleibt, meinen viele.

Kassen leer?

Das Argument der Arbeitgeber, die Kassen seien leer, Lohn- und Preiserhöhungen seien nur durch Fahrpreiserhöhungen realisierbar – das zieht nicht.

Den Unternehmern und Reichen werden seit Jahren von Bund und Kommunen riesige Steuerbeträge erlassen. Die Regierungen in Bund und Ländern schenken den Konzernen großzügigen Subventionen aus Steuermitteln zu, die die Beschäftigten erarbeiten. Das Ergebnis dieser Politik plus der Produktivitätssteigerungen und der Mehrarbeit von Millionen ist nur eins: Die Gewinne der Konzerne und Banken, die Einkom-

Einladung zur Netzwerk-Veranstaltung zur BVG:

Mittwoch, 13. Februar

um 18.00 Uhr im Foyer der ver.di-Bundeszentrale am Paul-Thiede Ufer, nahe Ostbahnhof oder nehmt Kontakt zu uns auf: berlin@netzwerk-verdi.de / 0178 7 24 24 42

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Infos, Kontakt und ViSdP: Stephan Kimmerle, Friedrichsberger Str. 4, 10243 Berlin, 0178 7 24 24 42, berlin@netzwerk-verdi.de

www.netzwerk-verdi.de

men der Reichen sprudeln seit langem zu immer neuen Rekorden.

Allein 2007 ist das das Volkseinkommen um über 70 Milliarden Euro gewachsen (ver.di Wirtschaftspolitik Aktuell, Nr. 3/2008). Wieder haben Unternehmer und Reiche sich den größten Teil des Zuwachses angeeignet.

Wir fordern statt dessen deutlich mehr Geld für die Ausreichende Finanzierung von Verkehr, Bildung, Kultur und Gesundheit, für bezahlbaren Wohnraum, Wasser und Energie. Lohndrückerei, Personalabbau und Mehrarbeit muss ein Ende haben!

Diese Bereiche gehören zur Daseinsversorgung für alle Menschen und sind nicht dem Profit zu unterwerfen. Das heißt auch: **Der Zuschuss für die BVG muss kostendeckend sein und nicht permanent gesenkt werden.**

Unbefristeter STREIK!

Die Erwartungen der Belegschaft gegenüber der Verdi-Führung sind ebenfalls hoch. Oft ist die Meinung zu hören: »Wenn hier nichts Wesentliches in Sachen Lohnerhöhung bei jetziger Arbeitszeit passiert, bin ich von ver.di weg.«

Das erste bundesweite Treffen von KollegInnen aus Verkehrsbetrieben in Halle Ende Januar 2008, welches von der Basis angeschoben wurde zeigt eindeutig, daß es immer mehr Aktive gibt, die den ver.di- Kurs des Verzichtes, der Sozialpartnerschaft beziehungsweise des Co-Managements mit den Arbeitgebern nicht länger mitmachen wollen. Weitere Infos: siehe www.netzwerk-verdi.de

Wie lange die Funktionsträger von ver.di aber auch die Tarifkommissionen so weitermachen können wie in den letzten Jahren, hängt vom Druck der Basis ab. Und dieser wird größer.

Dass von Verdi vier verschiedene Tarifniveaus in der BVG „ausgehandelt“ wurden mit erheblichen Gehaltsunterschieden, ist skandalös, ungerecht und schwächt uns ALLE.



Wir fordern: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, also die Anhebung aller Löhne auf das Niveau der Altbeschäftigten! Volle Durchsetzung der Forderung nach acht Prozent für die Altbeschäftigten.

ver.di muss dafür umgehend die Urabstimmung über einen unbefristeten Streik einleiten!

Alle gemeinsam

Zeitgleich laufen in Berlin Auseinandersetzungen im Öffentlichen Dienst und im Einzelhandel. Die Beschäftigten haben schon mit Streiks und Demonstrationen ihre Forderungen zum Ausdruck gebracht. Um für ALLE zum Erfolg zu kommen muss ver.di die Beschäftigten der verschiedenen Bereiche zusammenführen und nicht wie in der Vergangenheit einzeln kämpfen lassen.

Es wird endlich Zeit, dass ver.di die viel beschworene Einheit und Kampfkraft zeigt, also zu einem **berlinweiten Aktions- und Streiktag am Freitag dem 22. Februar** aufruft und zu diesem

mit allen Kräften mobilisiert! An diesem Tag werden auch in Baden-Württemberg die KollegInnen der Kliniken und Verkehrsbetriebe auf die Straße gehen. Es hängt von der ver.di-Führung ab, ob das klappt und daraus endlich ein bundesweiter Kampftag wird. Dafür setzen wir uns in ver.di ein! Denn die Unzufriedenheit und die Bereitschaft der KollegInnen, was zu tun, ist im gesamten Öffentlichen Dienst der Republik groß.

Dass Kämpfen erfolgreich sein kann, haben die Lokführer gezeigt. Mit Streiks kann der Arbeitgeber getroffen werden und die Unterstützung der Bevölkerung gewonnen werden. Das geht um so leichter, wenn endlich **GE-MEINSAM** gekämpft wird!

Um aber aus ver.di eine kämpferische Gewerkschaft zu machen, in der die Kollegen an der Basis das Sagen haben, ist Opposition nötig. Deshalb: Arbeitet mit im Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di und kommt zum nächstem Treffen am:

Mittwoch, 13. Februar

um 18.00 Uhr im Foyer der ver.di-Bundeszentrale am Paul-Thiede Ufer, nahe Ostbahnhof oder nehmt Kontakt zu uns auf: berlin@netzwerk-verdi.de / 0178 7 24 24 42

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische

